

Ressort: Politik

Grüne kritisieren Lammerts Sprachforderung für Imame

Berlin, 01.03.2015, 03:00 Uhr

GDN - Die Forderung von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU), Imame in Deutschland sollten Deutsch sprechen, trifft bei den Grünen auf Widerstand: In welcher Sprache die Predigt erfolge, solle "den Religionsgemeinschaften überlassen bleiben", sagte Grünen-Chef Cem Özdemir der "Welt am Sonntag". "Wir wollen keine Sprachpolizei, die beim Gebrauch von Latein, Hebräisch oder Arabisch einschreitet."

Entscheidend sei nicht die Sprache der Predigt, sondern deren Inhalt. Allerdings solle jeder Imam "schon aus Eigeninteresse soweit Deutsch beherrschen, dass er seine jungen Gemeindemitglieder versteht, deren Erstsprache häufig Deutsch ist", fügte Özdemir hinzu. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Katrin Göring-Eckardt, bezeichnete es als "wünschenswert", dass Deutsch gesprochen werde in der Moschee. "Von Verboten halte ich allerdings nichts. Wir verbieten ja den Juden auch nicht, Hebräisch in der Synagoge zu sprechen", sagte sie der "Welt". Unterstützung erhielt Lammert von CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer. "Für gelingende Integration und einen aufgeklärten Islam muss es selbstverständlich werden, dass Imame in deutschen Moscheen Deutsch sprechen", sagte er der "Welt am Sonntag". "Wir wollen keine Parallelgesellschaften!" Scheuer schloss sich im Grundsatz der Forderung der stellvertretenden CDU-Vorsitzenden Julia Klöckner und anderen Unionspolitikern an, das Tragen der Burka in Deutschland zu verbieten. "Die Vollverschleierung ist ein Zeichen für die Unterdrückung von Frauen", sagte er. "In unserer Gesellschaft zeigen wir Gesicht für die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Bevor das Burka-Verbot rechtlich umgesetzt werden kann, müssen aber noch einige juristische Fragen geklärt werden." Dagegen vertrat Özdemir die Auffassung, die Burka sei "im Kern kein deutsches Problem, da die absolut große Mehrheit der Muslime in Deutschland dieses Kleidungsstück ablehnt". Göring-Eckardt nannte es "bemerkenswert", dass die Burka-Debatte ohne eine nennenswerte Anzahl von Burka-Trägerinnen in Deutschland stattfinde. "Unüberlegte Schnellschüsse gehen hier nach hinten los", warnte sie. "Den Frauen, die sich nicht freiwillig verschleiern, ist mit einem Trage-Verbot in der Öffentlichkeit nicht geholfen. Ihr sozialen Kontakte würden nur noch weiter eingeschränkt." Auch Lammert hatte sich gegen ein Burka-Verbot gewandt. "Ich sehe da kein dringliches Problem", sagte er der "Welt". "Diejenigen, die wegen der prinzipiellen Bedeutung gesetzlichen Handlungsbedarf sehen, sollten sich auch mit der praktischen Umsetzung befassen, die vermutlich mehr Probleme schaffen als lösen würde."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-50614/gruene-kritisieren-lammerts-sprachforderung-fuer-imame.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619